

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

E/XXIV, 161

Bonn, den 26. August 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Glacéhandschuhe</u> "Wo sind sie geblieben...?"	46
2 - 3	<u>Klares Europa-Konzept der SPD</u> Rückfall der CDU/CSU in überkommenen Nationalismus? Von Egon C. Heinrich	81
4	<u>Die Koalition gegen den Sachverstand</u> Vor drei Jahren wollte CDU-Minister noch den Rat des Sachverständigen holen, "wo er sich bleset."	42

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

In Koskau unbefriedigt den deutschen Standpunkt vertreten
Gespräch zwischen Klaus Schütz und den Vertriebenen
Brandt: Wir müssen unsere eigenen Interessen wahrnehmen
Wehner: Ich weigere mich, Annexionen anzuerkennen
Kiesinger lehnt Interview ab
Sich nicht als Ausland behandeln
An den Bundesfinanzminister erinnert

*

*

*

Glacéhandschuhe

"Wo sind sie geblieben.?"

xxx - Aus München gelangten am Montagabend merkwürdige Nachrichten nach Bonn. Die CSU werde, so hieß es, im nun beginnenden Wahlkampf die Glacéhandschuhe ausziehen. Dies wolle sie tun, weil die SPD auf ihrem Wahlkongreß in Essen nicht fein genug gewesen sei.

Jetzt wird in München gerätselt, wie die CSU ihre angekündigte Absicht verwirklichen will. Wenn nämlich jemand Glacéhandschuhe anzu ziehen will, dann muß er - so wird sogar in München messerscharf geschlossen - vorher welche angehabt haben. Da dies aber niemand behaupten kann, befinden sich seit Montagabend alle CSU-Wahlredner in einer etwas peinlichen Situation.

Die deswegen in der Nacht zu Dienstag einsetzende Aktivität der CSU-Zentrale geht nun in zwei Richtungen. Zunächst hat der Ministerpräsident des Freistaates Bayern seinen Innenminister beauftragt, alle Polizeidienststellen anzuweisen, um festzustellen, ob es bei der CSU vielleicht doch einmal Glacéhandschuhe gegeben habe. Sollte Fehlanzeige erfolgen, so ist dies laut ministerieller Anweisung zu verschweigen. Werden jedoch Glacéhandschuhe entdeckt, dann sollen diese sofort beschlagnahmt und in das CSU-Hauptquartier nach München gebracht werden, damit Franz-Josef Strauß sie anziehen kann. Von der Einschaltung des Bundeskriminalamtes an der Suchaktion hat man vorläufig abgesehen, um die föderalistischen Gefühle der CSU-Anhänger nicht zu verletzen.

Eine zweite Aktion wurde bei allen Handschuhhändlern Bayerns gestartet. Diese sollen so schnell wie möglich alle auf Lager befindlichen Glacéhandschuhe nach München schicken, damit sie von dort aus an die Wahlredner der CSU verteilt werden können. Entsprechend einer parteiinternen Anweisung sollen sämtliche Redner von morgen ab vor Beginn jeder Versammlung ostentativ Glacéhandschuhe anziehen und diese dann nach dem ersten Satz ebenso ostentativ wieder anziehen. Dazu ist laut und deutlich PFUI! zu sagen.

Im CSU-Hauptquartier verspricht man sich, besonders von der zweiten Aktion, ein ungeheure Werbewirkung. Erstmals in der Geschichte der CSU soll durch das An- und Ausziehen von Glacéhandschuhen glaubhaft gemacht werden, daß in der CSU-Zentrale, in der Redaktion des "Bayern-Kurier" und in den anderen Kommandostellen der Straußkämpfer feine Leute sitzen, die vor einem breiten Publikum beweisen können, daß sie Glacéhandschuhe haben.

Sollten jedoch beide Aktionen erfolglos bleiben, dann werde man - so wird glaubhaft in Bayern versichert - lediglich die schon seit Jahren gepflegte Form des Wahlkampfes mit Verbalinjurien, Verleumdungen und ehrenrührigen Unterstellungen fortsetzen. Auf diese Weise hofft man, die deutsche Öffentlichkeit davon überzeugen zu können, daß Franz-Josef Strauß der einzig mögliche Bundeskanzler ist - mit und ohne Glacéhandschuhe.

Letzte Meldung: Die Behauptung, man könne z. B. den "Bayern-Kurier" ohne Glacéhandschuhe überhaupt nicht in der Hand halten, ist frei erfunden und wird im CSU-Hauptquartier als eine der üblichen sozialdemokratischen Brunnenvergiftungen bezeichnet.

Klares Europa-Konzept der SPD

Rückfall der CDU/CSU in überkommenen Nationalismus?.

Von Egon C. Heinrich

"Die wirtschaftliche und politische Einigung Europas bleibt ein Hauptziel der SPD." Mit dieser klaren und eindeutigen Aussage zur europäischen Einigung beginnt eine vom SPD-Präsidium gebilligte Europa-Erklärung. Darin werden die Ergebnisse des am 20. und 21. Juli in Bad Godesberg veranstalteten internationalen "Europäischen Gesprächs" der SPD zusammengefaßt. Das SPD-Präsidium erinnert nicht ohne Stolz daran, daß die SPD als erste deutsche Partei schon im Heidelberger Programm von 1925 die Schaffung einer europäischen Wirtschaftseinheit und die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa gefordert hat. Zu jener Zeit huldigten jene konservativen Kräfte und Parteien noch einem extremen Nationalismus, die sich seit dem II. Weltkrieg auf ihre europäische Einstellung so viel zugute halten. Verschiedenen CDU- und vor allem CSU-Politikern dienen aber auch heute noch ihre europäischen Bekenntnisse nur zur Verbrämung eines ausgeprägt nationalistischen Denkens und Handelns. Der CSU-Vorsitzende Strauß liefert dafür seit Monaten stets neue Beweise.

Nach den jüngsten EWG-Beschlüssen als Folge der Franc-Abwertung ist die für Herbst 1969 vorgesehene europäische Gipfelkonferenz der Regierungschefs und Außenminister für die SPD noch dringender geworden. Diese Konferenz soll Klarheit über den weiteren inneren Ausbau der EWG sowie über die Behandlung der Beitrittsanträge Großbritanniens, Dänemarks, Norwegens und Irlands bringen.

Das Europa-Konzept der SPD stellt im einzelnen folgende Forderungen und Ziele auf:

1. Baldige Aufnahmen von Beitrittsverhandlungen mit allen Antragsstellern;
2. Ausbau der EWG-Zollunion zu einer Wirtschaftsunion. Dazu gehören verstärkte Bemühungen um eine gemeinsame Wirtschafts-, Währungs- und Außenhandelspolitik. Die EWG darf nicht auf halbem Wege stehen bleiben.
3. Weiterführung der Arbeiten zur Rechtsangleichung, zur Freizügigkeit und zur Steuerharmonisierung. Die lästigen Grenzkontrollen und Steuern im privaten Reiseverkehr sowie die Grünen Versicherungskarten für Autofahrer sollen endlich abgeschafft werden.
4. Die EWG soll eigene Finanzeinnahmen aus Zöllen und Abschöpfungen erhalten, die von einem direkt gewählten Europäischen Parlament kontrolliert werden müssen. Die stetig steigenden EWG-Agrarmilliarden dürfen nicht länger ohne parlamentarische Kontrolle sein. Schon 1964 hatte die SPD im Bundestag einen Gesetzentwurf zur

Direktwahl der 36 deutschen Europa-Abgeordneten eingebracht. Der Antrag wurde 1965 von den damaligen Koalitionsparteien CDU/CSU und FDP abgelehnt. Wenn beide Parteien jetzt in ihren Wahlprogrammen wieder die Direktwahl des Europäischen Parlaments postulieren, so zeigt dies einmal mehr ihre wahltaktisch motivierte Doppelzüngigkeit.

5. Von den Mehrheitsentscheidungen im EWG-Ministerrat kann nach Ansicht der SPD nicht abgegangen werden.
6. Gründung eines Europäischen Jugendwerkes und gemeinsame europäische Einrichtungen im Bereich von Bildung und Ausbildung.
7. Verstärkte Anstrengungen für eine gemeinsame Außen-, Sicherheits-, Kultur- und Forschungspolitik der europäischen Staaten. Dabei soll von den vorhandenen Organisationen ausgegangen werden. Nur wenn Europa zunehmend als Gemeinschaft organisiert wird, kann es seinen technologischen Rückstand gegenüber den USA und der Sowjetunion aufholen und in der Weltpolitik die ihm zukommende Rolle spielen.

In der Einigung Westeuropas sieht die deutsche Sozialdemokratie einen wesentlichen Beitrag zu einer gesamteuropäischen Friedensordnung von der auch die Lösung der deutschen Frage weitgehend abhängt.

Wenn die CDU einen Tag nach der SPD ebenfalls mit einem Europa-Papier an die Öffentlichkeit trat, so zeigt dies die wichtige Rolle der Europapolitik in der deutschen Politik und im Wahlkampf. In der Europapolitik gibt es zwar keine elementaren Gegensätze unter den drei Bundestagsparteien. Der erfolgreichen und dem deutschen Ansehen äußerst förderlichen Europapolitik Willy Brandts während der letzten Jahre haben die anderen jedoch nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen. Mit dem sehr schädlichen Gerede des CSU-Vorsitzenden von einer europäischen Atomstreitmacht ist es jedenfalls nicht getan. Man kann nicht einerseits den europäischen Bundesstaat fordern und sich zu Opfern für die Integration bereiterklären, andererseits aber in deutschen Beiträgen zur EWG versteckte Reparationszahlungen sehen, wie dies bei Strauß der Fall ist. Angesichts der im Bundestagswahlkampf nicht nur von einer Partei forcierten nationalistischen Welle kann der Ausspruch von Bundespräsident Dr. Heinemann nicht oft genug wiederholt werden: "Ein guter Deutscher kann kein Nationalist sein. Ein nationalbewußter Deutscher kann heute nur Europäer sein."

Für die SPD gilt unverändert, was sie in ihren "Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren" mit folgenden Worten klar umrissen hat: "In dieser Welt kann ein Europa, das nicht mehr als eine Addition von Nationalstaaten und Allianzen ist, keine entscheidende Rolle spielen. Es geht darum, Europa als Völkergemeinschaft zu organisieren."

Die Koalition gegen den Sachverstand

Vor drei Jahren wollte CDU-Minister noch den Rat des Sachverstandes holen, "wo er sich bietet"

HB. - Vor drei Jahren, bei der Debatte um das sogenannte "Stabilitätsgesetz", das die Regierung Erhard/Mende eingebracht und die Große Koalition später - mit den von der SPD verlangten Verbesserungen - durchgesetzt hat, waren die Unionspolitiker in den Fragen von Konjunktur- und Währungspolitik weniger dogmatisch als sie es jetzt sind. Kein Wunder: Die Bundestagswahl lag gerade ein Jahr zurück, die Wahlniederlage der Union im größten Bundesland, in Nordrhein-Westfalen, noch nicht vernarbt und die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten steuerten dem Höhepunkt zu.

Damals, am 15. September 1966, als der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD, Professor Dr. Karl Schiller, die Regierung nachdrücklich zum Handeln aufforderte, sagte der CDU-Bundeswirtschaftsminister Schmücker, er teile die sozialdemokratische Auffassung, "daß die Initiative für das Handeln immer bei der Bundesregierung liegen muß, denn die Konjunktursteuerung ist eine politische Aufgabe..."

Und er fügte dieses hinzu: "Daß wir den Rat dort holen, wo der Sachverstand ihn bietet, ist doch selbstverständlich. Sie können versichert sein, daß wir dabei weder den Sachverständigenrat noch die Konjunkturinstitute übergehen."

Heute gehört der gleiche Minister zu jenen Christdemokraten, die eine Koalition gegen den Sachverstand gebildet haben, gegen den Sachverständigenrat, gegen die Deutsche Bundesbank, gegen über 100 Professoren der Volkswirtschaft, gegen den Präsidenten des Deutschen Spar- und Giroverbandes, gegen die große Mehrheit der deutschen Fachpresse, gegen Bundeswirtschaftsminister Professor Schiller.

Der in CDU- und Kiesinger-Inseraten enthaltene Vorwurf, die D-Mark solle manipuliert werden, kann die Christdemokraten nur selbst treffen, denn bis heute ist nicht dementiert worden, was der Bonner Wirtschaftskorrespondent der CDU-nahen "Kölnischen/Bonner Rundschau" Anfang Mai, unmittelbar vor dem Anti-Aufwertungs-Beschluß der Regierungsmehrheit über die Hintergründe der Unionshaltung mit eigenen Ohren gehört haben will:

- * "Wenn wir jetzt dem Schiller die Aufwertung durchkreuzen und
- * die Preise kräftig steigen lassen, dann ist der große Zauberer
- * im September im Orkus verschwunden und kein Mensch nimmt mehr
- * ein Stück Brot von ihm. Lassen wir die Aufwertung aber zu, dann
- * verlieren wir jene zwei bis drei Prozent an bäuerlichen Stimmen,
- * die uns beim Wahlausgang nachher für die Macht fehlen."

Wer hier manipuliert hat und weiter manipuliert, liegt wirklich auf der Hand.